

LandesElternBeirat

Rheinland-Pfalz

Heft 2/2006 Juli 2006

Klausurtagung 2006



Gruppenarbeit innen



Kooperative Übungen außen

Aus dem Inhalt:

Kommunikationskultur

Das jährliche Eltern-Lehrer-Schüler-Gespräch

Seite 4-5

Leitfaden

Erfolgreiches schulisches Qualitätsprogramm

Seite 6-7

Externe Evaluation

Gute Schulen bilden

Seite 10-11

Termine

Ferien, Landeselterntag, Elternfortbildung

Seite 15-16

<http://leb.bildung-rp.de>
leb@mbfj.rlp.de

Wir sind der Meinung Komma dass...

... es Ereignisse gibt, die bereits bestehende Fragestellungen mit neuen Aspekten versehen. Die Vorgänge an der Rütli-Schule in Berlin sind beispielsweise ein solches Ereignis. Die bereits bestehende Fragestellung ist die nach einer längeren gemeinsamen Schulzeit unserer Schülerinnen und Schüler.

Und das Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz ist ein weiteres solches Ereignis, und auch dieses lässt die Frage nach der gemeinsamen Schule in einem ganz neuen Lichtton erscheinen: weniger gelb, dafür etwas mehr rot!

Bislang war man in der Diskussion und in der Einschätzung längeren gemeinsamen schulischen Lernens und Erzogenwerdens vorwiegend auf entwicklungspsychologische und auf leistungsorientierte Argumentationen fokussiert. (Von der Argumentationsschiene auf der Trasse des Standesdünkels und des schularbezogenen Kastendenkens wollen wir hier einmal absehen.) Vor dem Hintergrund der jetzt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geratenen Vorgänge an vielen Hauptschulen in Deutschland, für welche die Rütli-Schule lediglich eine Symbolfunktion besitzt, müssen jetzt ganz verstärkt auch soziale und gesellschaftspolitische Argumente für ein längeres gemeinsames Lernen ins Feld geführt werden.

Eine Tageszeitung im rhein-pfälzischen Bereich hat in einer informellen Befragung von verschiedenen Schulleitungen wissen wollen, wie es mit der Gewalt und mit dem Umgang mit auftretender Gewalt an ihren Schulen bestellt sei. Da sagte ein Grundschulleiter sinngemäß, die Grundschule sei ja eine gut funktionierende Gesamtschule,

sie betreue Kinder mit unterschiedlichster Leistungsfähigkeit, sie fördere Kinder aus allen sozialen Schichten, es gebe ein reges Miteinander von Kindern aus verschiedensten Herkufts-Kulturen, und deshalb sei Gewalt dort kein allgemeines, sondern – wenn überhaupt – allenfalls ein individuelles Problem.

Recht hat er, der Mann!

Kinder üben aufeinander Einfluss aus, natürlich auch erzieherlichen Einfluss. Wer wollte dies bestreiten. Kinder, die möglichst lange unselektiert bleiben, bleiben auch länger motiviert, sind länger zuversichtlich, und beeinflussen sich auch länger positiv. Kinder, die frühzeitig aussortiert werden, verlieren frühzeitig Mut und Motivation, werden frühzeitig desillusioniert, verlieren frühzeitiger wichtige Perspektiven und gleiten schneller in negative Haltungen. Sie werden sich dementsprechend auch negativ beeinflussen bis hin zu Bewusstseinsveränderungen oder gar zum Bewusstseinsverlust hinsichtlich der Bedeutung von Gewalt.

Das Ereignis „Rütli-Schule Berlin“ wird dafür sorgen, dass die Diskussion um eine längere gemeinsame Schulzeit um einen ganz wichtigen Aspekt, nämlich dem Aspekt der Gewaltvorbeugung durch Umstrukturierung der Bildungslandschaft, erweitert wird.

Die Umsetzung progressiver, in die Zukunft weisender Bildungspolitik war in Rheinland-Pfalz bislang unter anderem auch abhängig von der Kunst der größeren Partei, sich den stellenweise hemmenden Bestrebungen ihres kleinen, bildungspolitisch eher konservativen Koalitionspartners zu entziehen.



Dr. Klaus Neulinger

Foto: Franjo Schohl

Und nun dieses Wahlergebnis! Man könnte doch glatt auf die Idee kommen, bestehende bildungspolitische Fragestellungen wie die nach einer längeren gemeinsamen Schulzeit könnten nun ganz rasche Antworten finden. Wie ist das denn nun mit der Überzeugung der Alleinregierenden, wonach längeres gemeinsames Lernen prinzipiell besser sei als frühzeitiges Selektieren und Aussortieren? Können wir jetzt in dieser Richtung einen „ungehemmten“ Aufbruch erleben? Wird dem Hauptschuldilemma nun zügig begegnet dadurch, dass die Dreigliedrigkeit des Schulsystems ganz offiziell zum Auslaufmodell erklärt und Schritt für Schritt abgebaut wird?

Man wird sehen! – Und man wird wieder einmal wählen!

Dr. Klaus Neulinger

Impressum

Herausgeber

Landeselternbeirat Rheinland-Pfalz

Redaktion

Dieter Dornbusch (verantwort.)

Geschäftsstelle

Wallstraße 3
55122 Mainz

Telefon 061 31- 16 29 26

Fax 061 31- 16 29 27

<http://leb.bildung-rp.de>
leb@mbfj.rlp.de

Elternarbeit in Rheinland-Pfalz erscheint vierteljährlich und wird allen Schulleitungen über die Schulleitungen zugestellt.

Landeselternsprecher

Landeselternsprecher

Dieter Dornbusch, In der Wolfshecke 3
56412 Holler
Tel.: 02602 - 9995803, 0171 - 2117870
E-mail: dieter.dornbusch@web.de

Stellvertretende Landeselternsprecher

Gabriele Weindel-Güdemann, Verdistr. 33
67346 Speyer, Tel.: 06232 - 43393
E-mail: gabwbg@t-online.de

Franjo Schohl, Skagerrak-Str. 20
55128 Mainz, Tel.: 06131-366327
E-mail: Franjo.Schohl@web.de

Besitzer

Barbara Appel, Michael Esser,
Knuth Haußmann, Dr. Klaus Neulinger,
Ute Raas

Regionalelternsprecher

Koblenz

Joachim Zimmermann,
Vor der Hohnert 1
57537 Wissen, Tel.: 02742-4565
E-mail: Bruensel@aol.com
Herbert Woidtke, ständiger Vertreter im
LEB, Karolinger Str. 61, 56567 Neuwied,
Tel.: 02631-76803
E-mail: Herbert.Woidtke@t-online.de

Neustadt

Michael Reinartz, Nordring 7
76889 Schweigen-Rechtenbach
Tel.: 06342-919110
E-mail: michael-reinartz@t-online.de

Trier

Michael Geisbüsch, Am Sterenbach 27
54516 Wittlich, Tel. 06571-69926
E-mail: m.geisbuesch@fh-trier.de

Elternzeitung aktuell

Schuluniformen in deutschen Schulen?

Ein allem Anschein nach spontan hingeworfener Vorschlag aus den Reihen der Bundesregierung sorgte unmittelbar für rege Diskussionen: Was spricht für und was spricht gegen die Einführung von Schuluniformen in Deutschland?

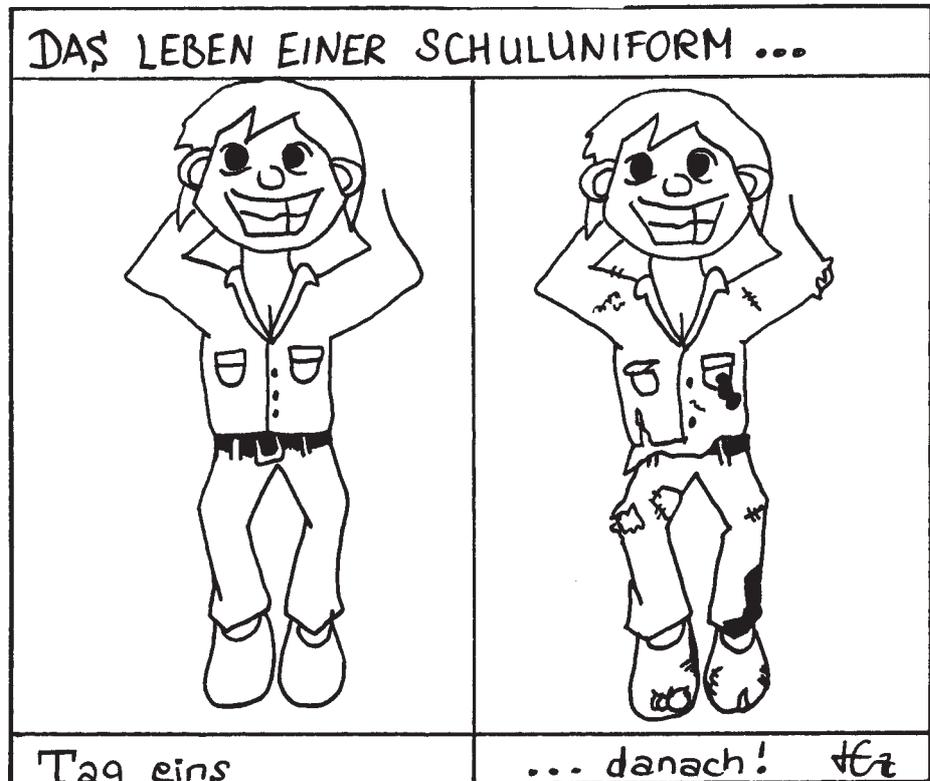
Zeitungen befragen seither Schulleiter und Bürger, im Radio werden Kommentare gesprochen und Redakteure wetteifern im Für und Wider in ihren Blättern.

Eigenartigerweise klaffen die Meinungen über Sinn und Unsinn von Schuluniformen im Bereich der Schulen erkennbar zwischen Lehrerschaft und Elternschaft auseinander. Natürlich gibt es auf beiden Seiten Zustimmung und Ablehnung dieser Idee, doch scheinen Eltern häufiger für die Schuluniformen zu begeistern zu sein, als dies bei Lehrkräften und Schulleitungen der Fall ist. Und dies muss verwundern, nicht zuletzt auch wegen der auf die Eltern zukommenden zusätzlichen Kosten.

Eine täglich zu tragende Uniform erheischt eigentlich eine Zweitausstattung. Die Klimaverhältnisse in Deutschland erheischen eigentlich eine Winter- und eine Sommerausstattung. Und das Wachstum der Kinder erheischt eigentlich eine jährliche Neuausstattung.

In neun Jahren wären zwischen 2 700 und 5 400 Euro für diese Sonderbekleidung aufzubringen.

Konsequent durchgerechnet bedeutet dies, dass im Bereich der Hauptschulen neun Jahre lang jährlich mindestens zwei Schuluniformen, besser aber vier Schuluniformen anzuschaffen sind. Setzt man den Preis für eine Schuluniform mit nur 150 • an, sind neun Jahre lang jährlich zwischen 300 und 600 Euro für diese Sonderbekleidung aufzubringen. – Angesichts der Tatsache, dass es viele Familien gibt, die jetzt schon Schwierigkeiten haben, die Bücher und Hefte zu bezahlen, die der Unterricht erfordert, ist dies ein geradezu abenteuerlicher Gedanke, und man muss schon die Frage stellen dürfen, wo viele Eltern ihre Euphorie hernehmen.



Jessica Czogalla, Schülerin der LES Neuwied

Dann wäre da noch über den behaupteten Effekt der Beseitigung sofort sichtbarer sozialer Unterschiede bei Schülerinnen und Schülern zu reden.

Nehmen wir einmal an, zu Beginn des nächsten Schuljahres wären alle Schülerinnen und Schüler in neues Uniformtuch gehüllt. Alle sähen wundervoll gleich aus, diskriminierende milieubedingte soziale Herkunftsmerkmale wären zumindest hinsichtlich des Bekleidungsstandes wirkungsvoll wegrauscht. Dann stelle man sich die gleiche Schülerschaft drei Wochen oder zwei Monate später vor in ihren nun nicht mehr neuen Schuluniformen. Was würden wir erkennen müssen? – Die Antwort mag sich jeder selbst geben.

Der viel und oft gerühmte Effekt, der Schuluniformen nachgesagt wird, soziale Herkunftsunterschiede unsichtbar zu machen, ist ein Gerücht.

Ich hatte Gelegenheit an einer englischen Highschool mitten im dortigen Schuljahr die uniformierte Schülerschaft zu betrachten. Sowohl am Zustand der Uniformen, als auch – und dies ganz besonders! – am Zustand des Schuhwerks konnte man ohne jede Schwierigkeit auf die soziale Herkunft der Kinder und Jugendlichen schließen. Der viel und oft gerühmte Effekt, der Schuluniformen nachgesagt wird, soziale Herkunftsunterschiede unsichtbar zu machen, ist ein Gerücht; bestenfalls ein Mythos.

Dr. Klaus Neullinger

Jährliches Eltern-Lehrer-Schüler-Gespräch

Den Lernprozess interaktiv planen

Es war das zentrale Thema auf der Klausurtagung des Landeselternbeirats in Vallendar, das jährliche Eltern-Lehrer-Schüler-Gespräch. Und damit meinen wir nicht die üblichen Elternsprechtage, an denen Eltern jeweils 10 Minuten Zeit eingeräumt wird, um sich mit den Lehrerinnen und Lehrern ihrer Kinder auszutauschen. Wenn sie überhaupt einen Termin bekommen, weil ja nichts anliegt. Das Kind stört den Unterricht nicht, verprügelt keine Mitschüler und seine Versetzung ist nicht gefährdet. Was also gibt es zu besprechen? Wollen sich die Eltern etwa beschweren, sich wichtig machen,

Lernverhalten. Ein Feedback an den Lehrer soll ebenso möglich sein wie Hinweise an die Eltern. Die Schülerin oder der Schüler stehen im Mittelpunkt; sie planen ihren Lernprozess mit Hilfe der Lehrkraft und den Eltern. Was kann ich schon? Was will ich dazu lernen? Was brauche ich, um mich zu verbessern? Welche Schritte zur Verbesserung werde ich unternehmen? Zu jedem Punkt nehmen auch Lehrkraft und Eltern Stellung und geben an, welche Unterstützung sie leisten können. Die Vereinbarungen werden schriftlich festgehalten und von allen drei Parteien unterschrieben. Dieser

2. Die Schülerin oder der Schüler wird als Subjekt ihres/seines Lernprozesses anerkannt. Im Blickfeld steht nicht das Kind, dem etwas „beigebracht wird“, sondern der Mensch, der sich die Inhalte mit Unterstützung und unter Anleitung der Lehrkraft selbst aneignet. Das **fördert die Selbstverantwortung und Motivation** der Schülerinnen und Schüler.
3. Zwischen Schule und Elternhaus wird endlich die **Erziehungspartnerschaft realisiert**, die wir Elternvertreter so häufig beschwören. Es wird ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, die nötigen Informationen werden ausgetauscht und die Eltern verpflichten sich, ihren Teil zum Gelingen des Lernprozesses beizutragen.

Mögliche Einwände

Einig waren sich die Mitglieder des Landeselternbeirats schnell darüber, dass es prima wäre, solch ein jährliches Eltern-Lehrer-Schüler-Gespräch an den Schulen zu institutionalisieren. Doch es war auch nicht schwer, mögliche Einwände zu errahnen: Solche regelmäßigen längeren Gespräche wären natürlich eine zeitliche Belastung für die Lehrkräfte. Man muss mit einiger Skepsis darüber rechnen, ob sich dieser Aufwand lohnt. In den weiterführenden Schulen wird jeder Schüler von mehreren Lehrkräften unterrichtet. Können die Klassenlehrer hier eine Vermittlerrolle übernehmen, indem sie sich vor dem Gespräch bei den Fachkollegen über Verhalten und Leistungen informieren?

Fazit

Elternvertretungen, die das jährliche Eltern-Lehrer-Schülergespräch an ihrer Schule ins Qualitätsprogramm aufnehmen möchten, müssen ein für ihre Schule geeignetes Konzept, am besten gemeinsam mit Mitgliedern des Kollegiums oder der Schulleitung, entwickeln und dafür werben. Der Landeselternbeirat plant, einen entsprechenden Leitfaden zur Verfügung zu stellen und für entsprechende Fortbildungsangebote für Eltern und Lehrkräfte Sorge zu tragen. Denn solche Gespräche entfalten ihre Wirkung dann, wenn alle Partner sich ernsthaft und freiwillig daran beteiligen. Ein partnerschaftlicher Umgang muss gepflegt werden. Eltern und Schüler müssen sich durch die Lehrer ernst genommen fühlen. Die Gespräche müssen von allen vorbereitet und in einem angemessenen Rahmen geführt werden. Nur dann werden sie zu guten Ergebnissen für die individuelle Förderung, die Arbeitshaltung der Schülerinnen und Schüler und das Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Lehrkräften führen.

Marie-Charlotte Opper-Scholz



Jessica Czogalla, Schülerin der LES Neuwied

dem Lehrer die Zeit stehlen?! Andere haben es nötiger! Wer von uns hätte nicht Ähnliches schon gehört oder mindestens zwischen den Zeilen herausgehört. Nein, diese Kurzgespräche meinen wir nicht.

Was haben wir dann im Sinn?

Wir reden von routinemäßigen Gesprächen zwischen Eltern, Lehrern und Schülern, die je nach Gesprächsbedarf 30 bis 60 Minuten dauern und ein bis zweimal im Jahr stattfinden. Es soll genügend Zeit sein, über den Entwicklungsprozess jedes Kindes zu sprechen, seine Stärken und Schwächen, sein Sozialverhalten, seine Leistungen und sein

Förderplan, der sich sowohl auf das Sozialverhalten wie auf die Leistungen und das Lernverhalten beziehen lässt, ist Grundlage für jedes weitere Vorgehen und für die Auswertung im nächsten Gespräch.

Was versprechen wir uns von jährlichen Eltern-Lehrer-Schüler-Gesprächen?

1. Wir halten solche regelmäßigen Gespräche für ein **wichtiges Instrument der individuellen Förderung**, die im Schulgesetz garantiert wird. Hier kann der individuelle Lernprozess interaktiv geplant werden. Die unterschiedlichen Perspektiven werden ausgetauscht und es entsteht eine ganzheitliche Sicht.

Best Practice

Kommunikationskultur an einer Grundschule

Nur eine Schule der Verständigung kann eine Schule des Verstehens sein

Zum Thema „Lehrer-Eltern-Schüler-Gespräch“ hatte der LEB die Schulleiterin einer mittelgroßen Grundschule als Referentin eingeladen.

Eigentlich wollte das Gremium des LEB nur etwas über die Praxis einer bestimmten Schule hinsichtlich ihrer Gesprächsbereitschaft und ihrer Informationspflege gegenüber den Elternhäusern erfahren. Aber dann wurden im Gespräch mit dieser Schulleiterin Strukturen einer Schulkultur erkennbar, die bemerkenswert sind.

Frau Margita Schreier ist langjährige Schulleiterin der Grundschule in Bolanden im Donnersbergkreis. Die Schule ist derzeit zweizügig, hat ungefähr 165 Schülerinnen und Schüler, sie ist seit vier Jahren Schwerpunktschule, und sie besitzt ein Team von alles in allem ca. 20 Personen. Dazu zählen Grundschullehrerinnen, Förderschullehrerinnen, pädagogische Fachkräfte und Integrationshelferinnen sowie als einzig männliches Mitglied ein Pfarrer.

Individuelle Lernpläne, das Prinzip differenzierter Leistungsmessung, Wochenplanarbeit, der Primat sozialer Menschenbildung, viel projekthaftes Arbeiten und das Gestaltungsziel „druckfreie Schumatmosphäre“ machen die Schule keinesfalls unumstritten und rufen hie und da auch schon mal besonders leistungsorientierte Eltern auf den Plan, denen die pädagogische Ausrichtung der Grundschule in Bolanden nicht so recht ins eigene Erziehungskonzept passt.

Die insgesamt sehr nüchternen Ausführungen der Schulleiterin und vor allem das Fehlen jeglichen salbungsvollen Pathos' erweckten bei allen LEB-Mitgliedern den Eindruck der Authentizität: Man darf davon ausgehen, dass Schule hier so gelebt wird, wie sie beschrieben wurde.

Dem Auditorium wurde im Verlauf der Begegnung mit Frau Schreier klar: Die Gesprächskultur, um die es uns ursprünglich im Besonderen ging, ist nur ein Baustein im tragenden pädagogischen Gewölbe dieser Grundschule; allerdings ein ganz wichtiger. Immer in den Monaten November und Dezember werden den Eltern Sprechzeiten angeboten, die von den Eltern ausgesucht werden können. Dazu zählen mögliche Termine an Samstagvormittagen ebenso wie Termine am frühen Abend. Diese Flexibilität ist Garant dafür, dass Eltern aller Berufsgruppen und in jeglicher sozialer Situation in die Schule kommen können. Die Mindestge-



Margita Schreier, Schulleiterin der Grundschule Bolanden

sprächszeit für jede Familie beläuft sich auf 30 Minuten; wo es notwendig erscheint, kann auch eine ganze Stunde in Anspruch genommen werden. Die enorme zeitliche Belastung der Lehrkräfte, die die Gespräche zum Teil auch im Tandem (Klassenleiterin plus Förderlehrerin) durchführen, wird von diesen in selbst gewollter Weise hingenommen. Der Erfolg dieser Gesprächsbereitschaft liegt nicht zuletzt auch darin, dass alle Schüler-Eltern tatsächlich zum Gespräch kommen.

Es liegt auf der Hand, dass durch ein solches Schulverhalten eine Atmosphäre des Vertrauens entsteht, wodurch das System, bestehend aus Schülern, Eltern und Lehrkräften, ein besonders tragfähiges werden kann.

Abgerundet wird die Wahrnehmung der Informations- und Beratungspflicht durch die an dieser Schule schon lange gewachsene pädagogische Tradition, auch die Zeugnisse in den dritten und vierten Klassen durch ausführliche schriftliche Zeugnisberichte zu komplettieren.

Der LEB denkt im Moment intensiv darüber nach, wie es erreicht werden kann, dass die an vielen Schulen beobachtbare Sprachlosigkeit zwischen Eltern und Lehrerschaft überwunden werden kann. Man mag es sich vielleicht wünschen, aber es wäre der falsche Weg, hier mit administrativen Verordnungen zu liebäugeln. Im Gespräch mit Frau Schreier wurde es auch auf den Punkt gebracht: Eine solcherart ausgestaltete Schul-

kultur muss wachsen auf der Grundlage der Überzeugungen innerhalb der einzelnen Schulkollegien.

Dr. Klaus Neuling

KOMMENTAR

Eine Schule, die sich in besonderer Weise als pädagogischer Dienstleistungsbetrieb versteht, ist in Deutschland zurzeit noch längst nicht die Regel. Um so wichtiger ist es, Positivbeispiele zu benennen und vorzustellen. Es spricht für die Vertreterin einer solchen Schule, wenn sie die Vorzüge ihrer Schule in angenehmer Zurückhaltung schildert, ohne messianisches Sendungsbewusstsein, ohne auch nur indirekt auf andere Schulen zu zeigen, die in ihrer pädagogischen Ausgestaltung noch nicht so weit sind.

Das kann uns Eltern aber nicht daran hindern, deutlich darauf hinzuweisen: Es geht! – Man muss sich als Schule nicht hinter Lehrkraft-Sprechzeiten verschanzen ohne Rücksicht darauf, wie die Eltern die Wahrnehmung bewerkstelligen sollen.

Es ist aus Sicht der Eltern durchaus als im Bereich der Dienstpflichten jeder Lehrkraft liegend, elternfreundliche Regelungen, die zudem auch pädagogisch nachhaltig sein müssen, zu finden. Keine Lehrerin und kein Lehrer sollte sich überfordert sehen, wenn sie auch einmal abends oder am Samstagvormittag oder an einem beweglichen Ferientag Zeiten zum ausführlichen Gespräch anbieten sollen.

Ein besonders negatives Beispiel, das hart am Rande der Arroganz einer Schule angesiedelt sein dürfte, soll verdeutlichen, was gemeint ist:

Ein Vater erhält von vier Fachlehrern vier „blaue Briefe“ bezüglich seines Sohnes, der eine 10. Klasse besucht. Natürlich ist der Vater bereit, mit den betreffenden Lehrkräften zu sprechen. Er schreibt der Schule, man möge Termine benennen, aber bitte nicht an Dienstagvormittagen oder Donnerstagvormittagen, da sei er beruflich verhindert. Ansonsten würde er jeden Termin akzeptieren. – Drei der vier zu vereinbarenden Termine lagen prompt und ohne jeden begründenden Kommentar auf einem Dienstagvormittag. – Ein solches Schulverhalten ist heutzutage leider immer noch eher die Regel, als beispielsweise das Schulverhalten der oben beschriebenen Schule.

Und das sollte sich ändern lassen.

Dr. Klaus Neuling

Voraussetzungen für ein erfolgreiches schulisches Qualitätsprogramm

Seit 2003 müssen an allen rheinland-pfälzischen Schulen Qualitätsprogramme entwickelt, umgesetzt und evaluiert werden. Die Schulelternbeiräte haben die neue Aufgabe, die Qualitätsentwicklung an ihrer Schule zu begleiten und aktiv an ihr mitzuwirken. Für diese Mitarbeit stellt der Landeselternbeirat einen Leitfaden zur Verfügung.

Qualitätsprogramme werden meistens dann aufgesetzt, wenn es darum geht qualitative Defizite zu reduzieren, um somit höhere und konkret definierte Qualitäts-Ziele erreichen zu können. Hierzu bedient man sich im heutigen Zeitalter weltweit erprobter Vorgehensweisen und Q-Modellen, die in ihren Grundzügen nicht nur in der Wirtschaft, sondern nahezu identisch und flächendeckend auch in grundverschiedenen Organisationen wie Krankenhäusern, Versicherungen, Bundeswehr, Behörden, usw. eingesetzt werden.

Systematische Qualitätsprogramme wurden seit den 60-er Jahren aufgrund des zunehmenden Wettbewerbsdrucks zunächst in der Wirtschaft entwickelt, wobei man anfangs das scheinbar nahe Liegende machte, nämlich am Ende der „Fertigung“ einfach die schlechten „Ergebnisse“ von den „Guten“ auszusortieren, - eine Vorgehensweise, in der unser deutsches Bildungswesen überwiegend unverändert seit vielen Jahrzehnten verharrt, mit den geradezu zwangsläufigen (nicht erst seit PISA sattem bekannten) Resultaten.

In der Wirtschaft sah man dann spätestens Mitte der 70-er Jahre ein, dass in einer wirklichen Gesamtrechnung dieser Ansatz der „Qualitätssicherung-durch-Aussortieren“, das mit großem Abstand schlechteste und teuerste aller Qualitätsprogramme ist, denn die vergeudeten Kosten sind immens und was macht man in der Folge mit den massenhaft anfallenden Sub-Standard-Ergebnissen?

Weltweit kam es daraufhin zur Entwicklung verbesserter Vorgehensweisen und Denk-Modellen, deren Aufzählung ich dem Leser an dieser Stelle ersparen will.

Ein Grundprinzip haben jedoch alle Q-Konzepte gemeinsam: Die zielgerichtete Beeinflussung und Fein-Steuerung aller Stufen des gesamten „Fertigungsprozesses“ bis zu dessen Abschluß! D.h. in unserem Bildungswesen: „von KITA bis zum möglichen Abitur“! Dank dieses Prinzips muß im anzustrebenden Idealfall die Qualität am Ende des „Prozesses“ kaum noch geprüft werden, weil man diese ja schon während des Prozesses permanent und Schritt für Schritt durch viele Maßnahmen bereits „eingebaut“ hat.

Auf den schulischen Ausbildungsweg übertragen, bedeutet das für die gesamte langjährige Klassenstufen-Kette: „Individuelle Förderung“, - so wie in einigen skandinavischen Ländern bereits seit vielen Jahren äußerst erfolgreich praktiziert, und so wie in unserem neuen Schulgesetz, §10 vorgeschrieben, - was dort eine löbliche, momentan allerdings noch sehr realitätsferne Absichtserklärung darstellt.

Eine hierzu zwangsläufig erforderliche und anfangs erhebliche Aufwandssteigerung im Bildungswesen ist zur Zeit nicht in Sicht, insbesondere weil die jetzige Prioritäten-Rangfolge der öffentlichen Ausgaben in unserem Land völlig anders sortiert ist, (siehe Ausgabentitel im Landeshaushalt oder in den Haushalten der meisten Schulträger).

Dies erhöht umso mehr die Bedeutung schulischer Qualitätsprogramme, vor allem vor dem Hintergrund, daß nicht jede Qualitätssteigerung unbedingt auch mehr Geld kosten muß.

Obwohl der Inhalt von Qualitätsprogrammen in jeder organisatorischen Einheit bzw. Schule mit Sicherheit anders geartet und jeweils situationsgerecht maßgeschneidert sein muss, so gibt es dennoch gewisse gemeinsame organisatorische Mindest-Standards für die Projekt-Strukturen, deren Einhaltung die Realisierung der gewünschten Qualitäts-Ziele überhaupt erst wahrscheinlich werden lässt.

1. Mindestanforderung: Ziele

Es müssen ganz konkrete Ziele der Qualitätsverbesserung definiert werden („Was will ich mit meinen Maßnahmen konkret erreichen?“), und die Erreichung dieser Ziele muß am Ende der Laufzeit des Projekts nicht nur nachprüfbar sein sondern natürlich auch nachgeprüft werden.

Wird diese Bedingung nicht eingehalten, so sprechen wir von „Aktionismus“ ohne konkrete Fokussierung (...getreu dem Schüler-Motto: „Herr Lehrer, ich habe mich ja so angestrengt und so viel Aufwand betrieben, aber leider stehe ich im Endeffekt immer noch auf der Note 5“).



Michael Esser

Foto: Franjo Schohl

2. Mindestanforderung: Projektplan

Es muß einen Projektplan geben, der Aussagen mindestens zu den folgenden Punkten macht:

- Welche konkreten Ziele will ich als End-Resultat erreichen
- Mit welchen Maßnahmen will ich diese Ziele erreichen
- Welche Ressourcen werden benötigt und wie beschafft
- Welche Arbeitsgruppen bzw. Personen werden sich um welche Themen kümmern
- Zeitliche Meilensteine, d.h. Termine zu denen geplant ist definierte Zwischenergebnisse erreicht zu haben
- Welches werden bei den Zwischenstufen und dann am Schluß des Projekts die Kriterien meiner Erfolgs-Messung sein

3. Mindestanforderung: Projektleitung & Steuerungs- gruppe

Es muß eine personifizierte Projektleitung geben, die für die Erreichung der gewünschten Ziele persönlich in der Verantwortung steht. Diese Person muß im Interesse der Ziel-Erreichung auch mit Vollmachten ausgestattet sein.

(Ist Letzteres nicht Fall, so handelt es sich nicht um „Projektleitung“, sondern um ein einfaches „Wegdrücken von Arbeitsaufwand auf Andere“).

Der Projektleitung muß ein Steuerungsgremium zu Seite stehen, welches in definierten zeitlichen Abständen zusammentritt. Es hat die Aufgabe den Projektfortschritt zu erörtern und der Projektleitung zwecks Wegräumen von Hindernissen hilfreich zur Seite zu stehen.

Dieses Gremium wird am besten mit einflussreichen (Führungs)-Personen unterschiedlichster Disziplinen aus verschiedenen Teilen der Gesamt-Organisation besetzt (z.B. erweiterte Schulleitung, ADD, MBFJ, IFB, usw.).

Die SEBs mögen dieses Minimal-Regelwerk als Prüfstein der Qualitätsprogramme an ihren jeweiligen Schulen nutzen.

Nachwort:

Das Wort „Wirtschaft“ wirkt auf manche im Bildungsbereich tätige Menschen ganz zu Unrecht wie ein rotes Tuch, und es gibt folglich vielerlei Berührungspunkte.

Ganz sicher soll unser Bildungswesen nicht nur vermarktbar „Ausbildung“ sondern selbstverständlich grundsätzlich auch allgemeine „Bildung“ vermitteln. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beiden gibt es eine Fülle guter Argumente.

Ganz sicher ist aber auch, dass die Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges, von denen unser gesamtes Gemeinwesen insbesondere zukünftig abhängt, bereits im Klassenzimmer entweder garantiert oder auch verspielt werden.

Ob es uns gefällt oder nicht: Es gibt nicht nur einen gnadenlosen Wettbewerb zwischen Unternehmen, es gibt auch einen knallharten weltweiten Wettbewerb zwischen nationalen Bildungs- und Ausbildungssystemen, bei dem wir nicht gut aussehen, besonders gegenüber den aufstrebenden asiatischen Nationen.

Vor 30 Jahren gehörten Kenntnisse zum Thema Qualitätsmanagement genauso wenig zum Trainingsstand der Mitarbeiter von Unternehmen, wie es heute bei den meisten Mitarbeitern im Bildungswesen der Fall ist. Insofern sind auch die Mitarbeiter in der Wirtschaft keineswegs schlauer als das Personal im Bildungswesen. Ihr Vorteil ist allein, dass der starke Wettbewerbsdruck, gegen den ihre Arbeitgeber seit vielen Jahren anzukämpfen haben, Ihnen einen zeitlichen Trainings-Vorsprung vor manchen anderen gesellschaftlichen Bereichen gegeben hat.

Michael Esser
(Vorsitzender LEB-Gymnasialausschuss)

Arbeitsergebnisse aus dem IFB-LEB-Forum

Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus in PISA-Zeiten

Versprochen haben wir – Gerd Zachris, Institut für schulische Fortbildung und schulische Beratung (IFB) und Gabriele Weindel-Güdemann, Landeselternbeirat (LEB), dass die Ergebnisse aus den Arbeitskreisen, die beim Forum am 05.12.2005 in Speyer zusammengetragen wurden, weiterverfolgt werden und in die Arbeit der Verantwortlichen einfließen. Erfreulicherweise sind wir hier ein ganzes Stück weitergekommen. Im April traf sich ein eigens dafür eingerichteter Arbeitskreis, unter der Leitung von Jutta Lotze-Dombrowski, der betreuenden Juristin für Elternarbeit im MBFJ. Vertreten waren auch die Aufsichts- und Dienstleistungsbehörde (ADD), die Schulleiter, das IFB und der LEB.

Im Folgenden fasse ich die Ergebnisse des Forums aus der Perspektive einer engagierten Elternvertreterin zusammen:

Die Ergebnisse der Arbeitskreise fokussieren ein Schwerpunktthema im Bereich Schule: die „Kommunikationskultur“ im weitesten Sinne. Danach braucht das System eine konstruktive Rückmeldekultur auf unterschiedlichen Ebenen. Im Zentrum steht die Eltern – Schule/LehrerInnen-Kommunikation. Vor Ort ist diese zweifellos „ausbaufähig“. Konzepte dafür müssen schon in der LehrerInnenausbildung verankert sein und gelehrt bzw. trainiert werden.

Die Kommunikationskultur einer Schule sollte ein zu prüfendes Qualitätskriterium im Bewertungskatalog der Schulinspektoren sein.

An Schulen sollen Eltern – LehrerInnen – SchülerInnen - Gespräche (Entwicklungsgespräche) gelebte Praxis werden. Voraussetzung dafür ist die Einsicht, dass solche Gespräche mehr „Nutzen bringen“ als sie „kosten“. Gespräche, die nicht in Konfliktsituationen stattfinden, sondern den Entwicklungsstand und die –potentiale von SchülerInnen reflektieren, sowie die Möglichkeiten von LehrerInnen und Eltern sie/ ihn dabei zu unterstützen festhalten, sind geeignet den Umgang miteinander positiv zu verändern. Dazu können bereits vorhandene Strukturen an Schulen, wie z. B. Elternsprechtag oder Sprechstunden, genutzt werden. Auf alle Fälle sollten sie so normal werden, wie die zwei Mal jährlich wiederkehrende Zeugnisausgabe. (Siehe auch die Beiträge auf den Seiten 4-5 zum Eltern – Lehrer – SchülerInnen - Gespräch).

Eine solche Kommunikationskultur bleibe auch den MitarbeiterInnen der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbständigkeit von Schulen (AQS) nicht verborgen. Sie sollte ein nachgefragtes und geprüftes Qualitätskriterium sein, ein Element des Bewertungskatalogs der Schulinspektoren. Institutionalisierte, gelingende Eltern – LehrerInnen – SchülerInnen - Gespräche können als Indikator für die Gesprächskultur einer Schule dienen.

Im Rahmen der Qualitätsentwicklungsoffensive an rheinland-pfälzischen Schulen wünschen sich die Forum - TeilnehmerInnen vor allem die Mitarbeit der Eltern „auf Augenhöhe“ und die stärkere Einbeziehung der SchülerInnen. Zu oft werden Eltern und SchülerInnen vom Schulentwicklungsprozess ausgeschlossen. Hier muss einerseits Aufklärungsarbeit bei Schulleitungen geleistet und andererseits verdeutlicht werden, dass die Mitwirkung von Eltern und SchülerInnen eine Bringschuld der Schulen ist.

Zusammenarbeit kann nur auf Vertrauen basieren. Dafür sollen sich die Beteiligten im Prozess qualifizieren. Die meisten Kommunikationsprozesse in Schulen – und nicht nur dort – scheitern, weil das „Hauen und Stechen“ zum Prinzip geworden ist. Auch hier kommt den externen Beratern der AQS und der Schulaufsicht eine wichtige Funktion zu: Mangelnde Eltern - /SchülerInnenbeteiligung muss festgestellt und abgestellt werden. Wir Eltern sollen die Pflichten, die uns aus unseren Rechten erwachsen übernehmen und uns selbst z. B. für Ämter in Schulgremien qualifizieren. Dazu bietet das IFB gemeinsam mit dem LEB und den Partnern der ADD und der Schulleitungen bereits drei Fortbildungsblöcke an. Kontinuität und Ausbau dieser Angebote sind dringend notwendig. Dazu müssen Eltern im IFB als „normale“ TeilnehmerInnen/Kunden wahrgenommen und die Organisationsstruktur entsprechend angepasst werden. Elternfortbildung soll ein Arbeitsfeld des IFB sein, das finanziell und personell kontinuierlich und ausreichend ausgestattet ist. Diese Kooperation nützt allen und darf sich nicht nur in Lippenbekenntnissen manifestieren.

Der Workshop von Frau Prof. Elke Wild, Bielefeld zum Thema „Häusliches Lernen – Probleme und Chancen“, ließ den Wunsch nach einer Projektschule entstehen. Dort sollen LehrerInnen und Eltern gemeinsam mit den SchülerInnen qualifiziert werden, um Hausaufgaben als Übungsphasen zu opti-

Fortsetzung auf Seite 8

Zusammenfassung der Ergebnisse des IFB-LEB-FORUMS

„Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus in PISA-Zeiten“ 05.12.2005, IFB Speyer

	AQS	MBFJ/MBWK	IFB	LEB	ADD	Jugendhilfe	Schulen
Rückmeldekultur:	Kommunikationskultur	Konzept/Lehrerbildung			E-L-S Gespräch (Entwicklungsgespräch)		Umsetzung/Training: E-L-S-Gespräch/ vorhandene Strukturen nutzen (Sprechstunden/Elternsprechtage)
Qualitätsentwicklung	Eltern-/Schülerbeteiligung		Lehrer-/EFB	Info/EFB	Aufsichtsfunktion über Elternbeteiligung am QP		Einbeziehen von Eltern/Schülern in QP-Prozess; „Bringschuld“ der Schulen;
Kooperation			IFB-LEB-FoBi-Konzept	IFB-LEB-FoBi-Konzept	IFB-LEB-FoBi-Konzept		IFB-LEB-FoBi-Konzept; gemeinsame, schuleigene FoBis mit Unterstützung von IFB, LEB;
Selbstgesteuertes Lernen			Projekt: Gem. Fobi L/E Thema: Hausaufgaben				Projektschule
Einbeziehen schulferner Eltern			FoBi: Umgang mit bildungsfernen Eltern	Koop mit IFB		Koop-Partner – nicht nur im Krisenfall	Schnittstellen – Eltern „mitnehmen“
Interne Evaluation	Überprüfung		Fortbildung für Schulen/ADD		Beratung		z.B. Kommunikationskultur

Weindel-Güdemann/Zachris, März 2006

mieren und die Selbsteinschätzung der SchülerInnen zu entwickeln. Am Ende dieses Projektes sollten alle Beteiligten SchülerInnen qualifiziert beim selbstgesteuerten Lernen unterstützen können. Ein Beispiel, das Schule machen könnte. Schulen sollen Bausteine einer Fortbildung zum Thema kostengünstig beim IFB abrufen können. Zielgruppen dürfen dabei nicht nur LehrerInnen sein, SchülerInnen und Eltern müssen, für eine sinnvolle, breite Verankerung von Kompetenzen in diesem Bereich, eingebunden werden.

Ein bisher ungelöstes Problem ist die Einbeziehung bildungs- bzw. schulferner Eltern. Sie zu motivieren sich am Schulleben ihrer Kinder zu beteiligen, bedarf größerer Anstrengungen als bisher. Angebote sollen dort ansetzen, wo Eltern sie brauchen. Das wird nicht der Standardelternabend sein, der in Schulen traditionell durchgeführt wird. Zusätzliche Aktivitäten, die nah an den Lebenswelten dieser Eltern und deren Kinder sind, z. B. Schulhofgestaltung oder handwerklich orientierte AGs, nutzen ganz unterschiedliche aber vorhandene Potentiale von Eltern und schaffen Möglichkeiten zur Begegnung, um sich neu und anders kennen zu lernen. Mit dem Lehrer, der mich beim Holzbearbeiten unterstützt hat, spreche ich leichter über das Verhaltensproblem meines Sohnes als mit dem, der ihm nur mangelhafte Beurteilungen ausstellt oder ihn ständig rügt.

Fest steht allerdings auch, dass Schulen bei diesen Aufgaben nicht alleine handeln können und Unterstützung von externen Fachleuten benötigen: z. B. Erziehungsberatungsstellen, Drogenberatung, Schulpsychologischem Dienst und Jugendhilfe. Schulen sollen die kommunalen Angebote kennen und bereits präventiv nutzen.

Der Kreis der Überlegungen schließt sich mit der internen Evaluation, die jede Schule durchführen muss. „Blinde Flecken“ (z. B. mangelhafte Vertretungsregelungen, wenig Abstimmung im Kollegium, Kommunikationsbremsen an den Schnittstellen zu relevanten Personengruppen innerhalb und außerhalb der Schule etc.) in der eigenen Schullandschaft müssen wahr- und ernst genommen werden. Sie mit gezielten, überprüfbareren Maßnahmen zu beseitigen, oder wenigstens abzuschwächen, gehört zum Tagesgeschäft einer Schule und sorgt für eine bessere Qualität vor Ort. Dabei helfen Fortbildungsplanung für das Kollegium, Beratung mit der Schulaufsicht und eine sachbezogene und partnerschaftliche Kommunikationskultur mit Eltern und Schülerschaft sowie deren Gremien.

Womit ich am Ausgangspunkt meiner Analyse der Forumsergebnisse angekommen bin. Eine gelingende Kommunikation im System Schule, kann nur eine auf gleicher Augenhöhe sein. Dort, wo Menschen sich ernst genommen fühlen – das gilt in gleichem Maß für Eltern, LehrerInnen und Schü-

lerInnen – übernehmen sie Verantwortung für einen Prozess.

Abschließend werte ich ein Ergebnis des Forums besonders positiv: es gibt viele Eltern, die die Verantwortung, die ihnen das rheinlandpfälzische Schulgesetz übertragen hat, ernst nehmen. Auch diese Eltern sollen ernst genommen werden. Sie wollen Schule unterstützen und erwarten deren Bereitschaft, ihr Angebot anzunehmen. Einen kurzen Kommentar, der die beschriebenen Ergebnisse mit der bildungspolitischen Realität verknüpft, kann ich mir an dieser Stelle nicht verkneifen:

Auf dem Hintergrund der bisher eingeleiteten Reformen durch die Verantwortlichen der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik zeigen die Erwartungen der TeilnehmerInnen, dass viel guter Wille von allen Beteiligten aufgebracht werden muss. Der Blickwinkel muss sich dringend ändern, hin zu „was müssen wir tun, um gemeinsam die Probleme zu lösen“ und weg von „wer hat uns die Suppe eingebrockt“. Würde dieser Gedanke an der Basis Raum greifen, könnten Haltungen neu ausgerichtet werden. Nur der Wille versetzt Berge, nicht die Verordnung!

Doch auch das alleine reicht nicht aus. Deshalb fühle ich mich verpflichtet, trotz großer Verbundenheit mit unserem Weinanbauland, Wasser in den Wein zu schütten, was ich als Pfälzerin nur widerwillig tue. Das Vorantreiben dieses Reformprozesses bedarf finanzieller und personeller Mittel, das ist bekannt. Zusätzlich – und das wird auf brei-

Wo der Schuh drückt Antworten auf häufig gestellte Fragen

Immer wieder werden Schulelternvertreter mit Beschwerden aus dem Elternkreis befasst, wobei es darum geht, der drohenden Störung des Friedens in Klassen oder Schulen durch einzelne Schülerinnen oder (meistens) Schüler zu begegnen.

Da gibt es beispielsweise in einer 4. Grundschulklasse einen Jungen, der andere Kinder regelmäßig drangsaliert, der schlägt, und der durch sein Verhalten massive Unterrichtsstörungen verursacht. Natürlich ist der Klassenleiterin und auch der Schulleiterin das Problem gegenwärtig, und es wird auch versucht, mit pädagogischen Mitteln auf das Kind einzuwirken. Aus Sicht der Elternschaft allerdings sieht es so aus, als ob die Schule nicht oder nur völlig unzureichend reagiert. In Klassenelternversammlungen wird die Situation angesprochen, allein die Eltern genau dieses Kindes sind nicht anwesend. Und so muss der Übelstand nach dem Empfinden der Eltern viel zu lange hingenommen werden. Schließlich wird der Ruf nach Schulausschluss des betreffenden Schülers laut, begründet mit der Tatsache, dass einige Kinder der betroffenen Klasse bereits deutliche Symptome von Angst zeigen. Und spätestens dann ist der Schulfrieden hochgradig gefährdet.

Warum es oft so lange dauert, bis ein Kind mit massiven Verhaltensauffälligkeiten in einer entsprechenden Förderschule unterrichtet werden kann, liegt zu einem ganz beträchtlichen Teil an einer Eigenheit des Landes Rheinland-Pfalz, die den wenigsten Eltern geläufig sein dürfte. In Nordrhein-Westfalen gibt es flächendeckend 101 solcher Förderschulen für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche, in Baden-Württemberg gibt es 90 und in Hessen immerhin noch 48 Schulen für Erziehungshilfe. In Rheinland-Pfalz gibt es hingegen ganze sieben (!) Schulen mit dem Förderschwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung. Der Staat unterhält übrigens – das war vor Jahrzehnten politischer Wille in Rheinland-Pfalz – keine einzige Schule dieser Art; alle sieben Schulen befinden sich in privater Trägerschaft. Wenn für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz nur sieben Schulen dieser bestimmten Schulart zur Verfügung stehen, dann hat das zweierlei zur unmittelbaren Folge:

- Der Schulbesuch in einer solchen Schule ist in ca. 90 Prozent aller Fälle mit einer vollstationären oder wenigstens teilstationären Unterbringung verbunden. Damit kommen die Jugendämter als Kostenträger ins Spiel, und genau an dieser Stelle wird es oft sehr schwierig – in etlichen Fällen auch unmöglich – ein Kind mit einem pädagogischen Förderbedarf, der die Regelschule schlicht überfordert, rasch „unterzubringen“. Dazu kommt, dass die Eltern eines verhaltensauffälligen Kindes mit einer solchen Maßnahme unbedingt einverstanden sein müssen, und welche Eltern lassen ihr Kind gerne in einem Heim unterbringen. Nur höchst selten kommt es vor, dass durch einen entsprechenden Familiengerichtsbeschluss nach § 1666 BGB (Kindeswohlgefährdung) ein Jugendamt auch gegen den erklärten Willen der Eltern ein Kind einweisen kann.
- Wenn verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche, die sich in anderen Ländern auf bis zu über 100 solcher Förderschulen verteilen können, in Rheinland-Pfalz in sieben Schulen konzentriert werden, dann muss es sich zwangsläufig bei uns um Schülerinnen und Schüler handeln, die einen ganz immensen Förderbedarf haben. Dadurch wird die Schwelle, ein Kind in einer unserer Schulen unterbringen zu können, sehr hoch gelegt. Insofern muss den Regelschulen in Rheinland-Pfalz auch ein höheres Maß an pädagogischem Einsatz, an Widmungsfähigkeit und Toleranz und den Eltern mehr Nachsicht und Geduld abverlangt werden, als es in anderen Bundesländern notwendig geschweige denn denkbar wäre.

Sollte es Schulelternvertretungen geben, bei denen auch der Schuh an dieser hier angesprochenen Stelle drückt, so dürfen diese sich mit weiteren Fragen gerne an unsere Geschäftsstelle wenden.

Dr. Klaus Neulinger

WAS ICH NOCH ZU SAGEN HÄTTE....

Leserinnen und Leser haben das Wort!

Zum angesprochenen Thema unter „WIR SIND DER MEINUNG KOMMA DASS... erhielten wir folgende Zuschrift:

„Ich habe gerne Ihren Artikel gelesen und stimme Ihnen in Ihrer Stellungnahme zu. Ich hoffe mit Ihnen und arbeite auch dafür, dass wir den Menschen bzw. das Kind hinter dem Menschen noch sehen können. Die Opferbereitschaft der Eltern für ihre Kinder ist „sehr hoch“, zumal sie in diesem Spielfeld nicht selbst die Opfer sind.

Wünsche Ihnen herzlich eine weitere gute Arbeit im LEB.

*Günther Dinspel
Neustadt/Wied“*

Fortsetzung von Seite 8

ter Front peinlich vermieden - muss eine offene Diskussion über bestehende Hemmnisse geführt werden.

Deshalb müssen Politiker und Eltern ihren Blick über den begrenzten Horizont der nächsten 5 Jahre auf einen erweiterten, nämlich den der nächsten 50 Jahre richten.

Diese sind, so drängt sich die Vermutung auf, begründet in der Gliederung unseres Schulsystems. Sie wird den Prozess immer wieder ab- oder sogar ausbremsen. Noch ist nicht gewiss, ob wir mit den eingeleiteten Reformen überhaupt erfolgreich sein können oder ob wir nur kosmetische Effekte erzielen. Die deutliche Befürchtung steht im Raum, dass ein mittelalterlich anmutendes System unsere Kinder nicht in die Lage versetzen wird, Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. Deshalb müssen Politiker und Eltern ihren Blick über den begrenzten Horizont der nächsten 5 Jahre auf einen erweiterten, nämlich den der nächsten 50 Jahre richten. Selbst wenn wir das erreichen, wird uns die Perspektivlosigkeit vieler SchülerInnen aufgrund fehlender Ausbildungsplätze, schlechter Studienbedingungen und hoher Arbeitslosigkeit zusätzliche Probleme bereiten. Treffen wird es vor allem jene, die die VerliererInnen des heutigen Systems Schule sind. Aber auch die anderen kommen nicht ungeschoren davon, sie werden lebenslang die sozialen Kosten zu tragen haben.

Gabriele Weindel-Güdemann

Gute Schulen bilden

Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen
erfolgreich gestartet

Im August letzten Jahres wurde es amtlich: Auf Beschluss des Ministerrates soll es zukünftig auch in Rheinland-Pfalz externe Evaluation von Schulen geben.

Mit der Einrichtung der Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen (AQS) hat Rheinland-Pfalz die notwendigen fachlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die flächendeckende Einführung von externer Evaluation geschaffen. Die AQS ist eine neue unabhängige Organisationseinheit innerhalb der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), die mit einem hauptamtlichen Kompetenzteam und einem schlüssigen Konzept zukünftig die rund 1600 Schulen im Land regelmäßig evaluieren wird. Dabei wird die AQS den besonderen Bedingungen des Flächenlandes Rheinland-Pfalz Rechnung tragen und die Ansätze zur Qualitätsarbeit berücksichtigen, die bereits jetzt in den Schulen geleistet werden. Dazu gehören vor allem die Entwicklung und Fortschreibung von schuleigenen Qualitätsprogrammen und die Beteiligung an nationalen und internationalen Leistungsstudien und Vergleichsarbeiten.

Die externe Evaluation ist somit ein wesentlicher Baustein der Qualitätsarbeit an Schulen, die das Land seit 1999 kontinuierlich weiterentwickelt hat.

Welche Aufgabe hat die AQS?

Seit 1. Februar 2006 hat die AQS in Mainz ihre Arbeit aufgenommen. Mit ihr gibt es nun einen Partner für Qualitätssicherung, der die Bemühungen der Schulen um Qualität mit einem unabhängigen Blick von außen systematisch beschreibt. Der externe Blick ergänzt die innerschulischen Maßnahmen der Qualitätssicherung; er kann und soll sie nicht ersetzen.

Aufgabe der AQS ist es, durch geeignete Verfahren der Datenerhebung, Auswertung und Rückmeldung alle Schulen in Rheinland-Pfalz bei ihrer Qualitätsarbeit zu unterstützen. Bei der externen Evaluation geht es nicht um die Kontrolle oder Bewertung einzelner Lehrkräfte oder einzelner Unterrichtseinheiten. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht vielmehr das Gesamtsystem Schule mit allen am Schulleben Beteiligten.

Ziel der externen Evaluation ist es, einen Impuls für eine eigenständige Qualitätsentwicklung für jede einzelne Schule zu geben. Den Weg müssen die Schulen im Zeitalter größerer Selbstständigkeit selbst gehen - natürlich in enger Kooperation mit den Eltern und begleitet durch die pädagogischen Unterstützungssysteme und die Schulaufsicht.

Wie wird die externe Evaluation umgesetzt?

Um die Qualität von Schulen angemessen erfassen und beschreiben zu können, benötigt man entsprechende Methoden und Verfahren, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Wichtig ist dabei vor allem, dass bestimmte Befunde nicht nur aus einer Sicht bewertet werden, sondern dass die unterschiedlichen Perspektiven von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Schulleitung und Anderen zum Tragen kommen.

Dazu ist es erforderlich, eine Vielzahl von Daten mit unterschiedlichen Methoden zu erheben; dazu dienen

- Fragebögen für Schüler, Eltern und Lehrkräfte
- ein umfangreicher Schuldatensatz mit schulstatistischen Daten, der online erhoben wird
- Gespräche mit Schulleitung, Vertreterinnen und Vertretern von Eltern, Schülerschaft und anderen am Schulleben Beteiligten
- Beobachtung von Lehr- und Lernsituationen anhand eines Beobachtungsboogens
- ein Schulrundgang sowie
- die Auswertung schuleigener Konzepte und Programme zur Qualitätsarbeit

Der Plan sieht vor, dass AQS-Teams in den kommenden Jahren alle Schulen besuchen. Dabei werden die Unterrichtsqualität und die Qualitätsprogrammarbeit der einzelnen Schulen in besonderer Weise im Fokus der externen Evaluation stehen. Die Teams setzen sich zusammen aus Referentinnen und Referenten der AQS sowie Schulaufsichtsbeamtinnen und -beamten der Schulabteilung der ADD, die jedoch jeweils außerhalb ihres Aufsichtsbezirks zum Einsatz kommen.

Im Anschluss an ihren Schulbesuch verfassen die AQS-Teams einen Bericht, der der Schule, der Schulaufsicht und dem Bildungsministerium zugeleitet wird. Der Bericht ist die Grundlage für Zielvereinbarungen zur Qualitätssicherung, die Schule und Schulaufsicht im Anschluss an die Evaluation treffen. Bei der Umsetzung erhalten die Schulen Unterstützung durch die pädagogischen Serviceeinrichtungen und die Schulaufsicht.

Welche Rolle spielen die Eltern?

Die AQS setzt auf die Beteiligung aller am Schulleben Beteiligten; dies betrifft neben Schülerschaft, Lehrkräften und Schulleitung vor allem die Eltern. Ihre Erfahrungen mit dem Schulalltag und ihre Einschätzung zur Schulqualität sind für die Arbeit der AQS von großer Bedeutung. Eltern können bei der externen Evaluation einen wichtigen Beitrag leisten; sie sind Partner für das vertrauensvolle Zusammenwirken in der Schule.

Dieses Prinzip hat sich bereits in der Pilotphase der AQS bewährt: rund 50 Schulen aller Regionen und Schularten haben sich freiwillig als Pilotschulen bereit gefunden, um künftig Verfahren und Methoden der externen Evaluation zu erproben. In Vorgesprächen zwischen AQS und Schulen wurden die Elternvertretungen stets eingebunden. Bei den vielfältigen Diskussionen, Gesprächen und Informationsveranstaltungen zeigte sich, dass das Vorhaben AQS insgesamt auf Zustimmung stieß. Gerade die Vertreterinnen und Vertreter der Eltern begrüßten die Einführung der externen Evaluation und äußerten sich durchweg positiv zum Konzept der AQS.

Wie kompetent ist die AQS?

Das Team der AQS besteht aus 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die über das notwendige Fachwissen und die erforderlichen Kompetenzen verfügen, um die externe Evaluation professionell durchzuführen. Die Referentinnen und Referenten für Evaluation, die die Schulbesuche durchführen werden, decken mit ihrer Berufserfahrung alle Schularten ab und verfügen über fundierte Kenntnisse aus dem Bereich der Evaluation und Qualitätsentwicklung.

Die AQS-Teams werden zudem in einer maßgeschneiderten Fortbildungsreihe auf ihre besonderen Aufgaben als Evaluatoren vorbereitet. Um das Rad nicht immer neu zu erfinden, informieren sie sich regelmäßig über Erfahrungen und aktuelle Entwicklungen in anderen Bundesländern und im europäischen Ausland.

Schließlich wird die Arbeit der AQS fachlich durch einen Beirat begleitet, in dem Bildungsexpertinnen und -experten aus Hochschule, Schule, Bildungsverwaltung, pädagogischen Serviceeinrichtungen sowie Vertreterinnen und Vertreter des Hauptpersonalrates, des Landeselternbeirates, der

Aus der Arbeit des Regionalelternbeirats Der Regionalelternbeirat Koblenz an der Erich Kästner Regionalen Schule in Ransbach-Baumbach

Wirtschaft, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Beamtenbundes mitwirken. Als wissenschaftliche Berater konnten Prof. Dr. Andreas Helmke von der Universität Koblenz-Landau und Prof. Dr. Klaus Klemm von der Universität Essen gewonnen werden. Beide Wissenschaftler verfügen über langjährige Erfahrung und genießen hohes Ansehen in Fragen der Unterrichtsqualität und der Bildungsforschung.

Wie kommen Eltern an weitere Informationen?

Information und Transparenz sind wichtige Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dies ist in der Anfangsphase der externen Evaluation besonders wichtig, um alle Beteiligten auf dem Weg zur Sicherung der Qualität an Schulen mitzunehmen.

Die AQS wird daher in vielfältiger Weise über ihre Arbeit informieren und Gelegenheit zu Diskussion und Erfahrungsaustausch bieten. Vorgesehen sind Veranstaltungen und Foren für Lehrkräfte, Eltern, Politik und andere Interessierte. So steht die AQS auch dem Landeselternbeirat und den Regionalelternbeiräten zur Information und bei Veranstaltungen jederzeit zur Verfügung, wie dies im Raum Koblenz bereits geschehen ist. Die AQS verfügt über eine Homepage mit zahlreichen Materialien, Downloads und Links. Auf der Homepage, die ständig aktualisiert und ausgebaut wird, kann man sich über die Arbeit der AQS, die externe Evaluation in Rheinland-Pfalz und Qualitätsentwicklung in anderen Bundesländern informieren.

Als weiteren Service wird die AQS einen elektronischen Newsletter herausgeben, den alle Interessierten kostenlos abonnieren können.

Wir freuen uns auf Ihr Interesse und Ihre Anregungen.

Friedhelm Zöllner, Referent für Evaluation bei der AQS
Astrid Becker, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt und Information
Info-hotline: 06131 16 56 60
Homepage: www.aqs.rlp.de
E-Mail: info@aq.s.rlp.de



von links nach rechts: Christian Radtke, Helmut Thiel, Hans-Werner Adams, Thomas Bode, Dieter Mintgen, Herbert Woidtke, Cornelia Gottschalk, Diane Bélisle-Wolf, Wolfgang Redwanz, Joachim Zimmermann, Andrea Held, Konrad Bach, Elke Schmitt

Der REB ist für rund 650 Schulen im nördlichen Rheinland-Pfalz zuständig. Er besteht aus 14 Mitgliedern, die sich unter anderem zur Aufgabe gesetzt haben, viele Schulen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu besuchen, um damit sowohl den Kontakt zu den Lehrerinnen und Lehrern als auch zu den Eltern intensiv zu pflegen.

Die Regionale Schule Ransbach-Baumbach stand am 15.2.2006 im Mittelpunkt der REB-Sitzung. Die Schule bietet zwei Bildungsgänge an: Den Bildungsgang Realschule bis Klasse 10 und den Bildungsgang Hauptschule bis Klasse 9.

Schulleiter Gerhard Leisenheimer stellte als Teil des Schulprofils zuerst das systematische Lernkompetenz-Training (SYLT) vor: „Lernkompetenz umfasst die Kenntnisse, Fähigkeiten, Gewohnheiten und Einstellungen, die für individuelle und kooperative Lernprozesse benötigt und zugleich beim Lernen entwickelt und optimiert werden. Lernkompetenz umfasst die miteinander verbundenen Dimensionen Sach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz.“

Alle 4 Kompetenzen bilden das „Lernquartett“, indem die Sprachkompetenz, die Teamkompetenz, die soziale Kompetenz und die Präsentationsfähigkeit enthalten sind. Zusammenfassend hat die Schule ein Kompetenzcurriculum entwickelt, nachdem einmal pro Woche die Klassen 5 und 6 als selbstständiges Fach Kompetenztraining von

einem geschulten Kompetenztrainer erhalten. Die Lernziele sind in vielfältigen Bausteinen konzipiert und ausformuliert. Die Schüler/innen können im Fachunterricht sowie in den Phasen des offenen Unterrichts ihr Gelerntes einsetzen, als Beispiel kann der Schüler selbst bestimmen, welchen Lernstoff er/sie vertiefen und welche/n Lehrer/in er dafür aufsuchen möchte.

Im zweiten Teil wurde das Modell der „Selbstverantwortlichen Schule“ erläutert. Das Bildungsministerium gibt in diesem Schulentwicklungsprojekt der am Projekt beteiligten Schule weitreichende Selbstständigkeit in den gesamten inhaltlichen, personellen, organisatorischen sowie administrativen Bereichen. Das Ziel ist die bestmögliche individuelle Förderung der Schüler/innen. Um dies zu erreichen, ist eine Vielzahl von Maßnahmen, wie z.B. SYLT, auf den unterschiedlichsten schulischen Ebenen und Strukturen umzusetzen. Daher werden die Bausteine von SYLT in die drei Bereiche Methode, Organisation und Kollegium verankert.

Das Fazit des RegionalElternBeirats Koblenz war, dass die Schule hervorragend aufgestellt und ein Beispiel für zukünftige und bewährte Lernstrategien ist.

Konrad Bach, Pressesprecher des REB Koblenz

Handy, Handy in der Hand

...wer hat die schmierigsten Pornos und die widerlichsten Gewaltszenen drauf im Land?

Das Entsetzen des Bayerischen Kultusministers ist groß und vermutlich auch echt. In einer Schule in Immenstadt wurden mobile Telefone mit integrierten digitalen Kameras bei Schülern gefunden, auf denen pornografische Bilder und aufgenommene Gewaltakte abrufbar waren. Recht schnell wurde sehr laut über ein generelles Handy-Verbot in Schulen nachgedacht.

Dass Handys dazu missbraucht werden, begangene Quälereien aufzuzeichnen, weiß man schon länger. Dass es sich vermutlich nicht um seltene Einzelfälle sondern schon eher um eine Gepflogenheit der übelsten Sorte in bestimmten Schülerkreisen handeln könnte, ahnte man hingegen viel später. Dass aber auch Pornografisches für die jugendlichen Besitzer solcher Handys jederzeit verfügbar zu sein scheint, dringt jetzt erst ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Nicht, dass hier eine negative Werte-Hierarchie vertreten werden soll. Pronografie und Gewaltszenen, noch dazu selbst inszenierte, sind gleichermaßen schockierend und haben gleichermaßen auf Schülerhandys nichts zu suchen. Nur der Umfang und die Themenbreite des Schunds ist es, was verblüfft.

Die Reaktion aus Bayern, Handys im Bereich der Schule grundsätzlich verbieten zu wollen, und zwar ausdrücklich wegen der hier angesprochenen Problematik, ist an dargestellter Hilflosigkeit kaum zu überbieten. Selbst wenn es organisatorisch möglich wäre, durch Kontrollen und androhte Disziplinarmaßnahmen das Mitführen derartiger Elektronik zu verhindern oder wenigstens spürbar einzudämmen, so wäre damit am Übelstand selbst nichts geändert. Die grausame Herstellung, die Speicherung, der „Konsum“ und die Weitergabe der angesprochenen Inhalte würden weiter existieren, nur möglicherweise von der Öffentlichkeit noch weniger registriert als bislang.

Die Vorfälle als solche, in denen junge Menschen andere junge Menschen schlagen und quälen und diese Misshandlungen aufzeichnen, um sich hinterher an den Bildern zu delectieren, lassen deutlich werden, dass PISA nicht der einzige schiefe Turm in der deutschen Bildungs- und Erziehungslandschaft ist, und schon gar nicht der einsturzgefährdetste! Was sich hier andeutet, ist bei Licht besehen so angstmachend und auch entmutigend, dass man über den Vorschlag, Handys halt eben mal in Schulen zu verbieten, in Verzweiflung oder Zorn verfallen muss, je nach eigener Mentalität.

Selbstverständlich richtet sich der erste Anspruch, dieser Unkultur zu begegnen, an die Familien. Aber die Kultusminister haben nun wirklich kein Instrumentarium, um innerhalb der Familien grundlegend etwas zum Positiven hin zu verändern. Deshalb denken sie für ihren Zuständigkeitsbereich über Maßnahmen nach, wenngleich – wie das Beispiel in Bayern zeigt – dies zumindest teilweise zu oberflächlich und vordergründig geschieht.

Worüber von den für die Bildungspolitisch Verantwortlichen nachgedacht werden sollte, betrifft nicht Handy-Verbote, sondern dies betrifft die Gestaltung des öffentlichen, den Schulen und Kindergärten anheimgegebenen Erziehungsauftrags.

„Friedensliebe“, „Nächstenliebe“, „Achtung des Lebens“, „Respekt vor der Natur“; das sind Konstrukte, die für uns nur in ihrem Vorhandensein erkennbar werden, wenn wir als Menschen entsprechend handeln. Dieses Handeln aber erfordert mentale, soziale und emotionale Kompetenzen. Wir müssen den Menschen, und ganz besonders den ganz jungen Menschen, die Gelegenheit geben, die Kompetenzen zu solch notwendigem Handeln zu erwerben.

Das geschieht ganz sicher nicht in zwei verordneten Wochenstunden Religion oder Ethik, sondern das geschieht in Prozessen solcher Erziehungsstätten, die diese Bezeichnung auch verdienen. Die allermeisten Schulen verdienen diese Bezeichnung leider nicht. Das ist der Punkt. Darüber muss nachgedacht werden.

Erziehung unserer Kinder sollte durchgängiges Bildungsprinzip sein. Erziehung in diesem Sinne hat immer stattzufinden, sei es in der Bastelstunde im Kindergarten, sei es im Deutschunterricht oder im Mathematikunterricht, während der Sportstunde oder in Religion. Überall und immer gibt es für die Erzieher und für die erziehenden Lehrer Gelegenheit, kompetenzstärkend zu wirken durch eigenes Verhalten als Modell, durch zu vermittelnde Inhalte oder auch durch situations- und konfliktorientiertes Handeln. Man muss es als Erzieher und Lehrer nur wollen – und dürfen.

Der Aufschrei nach PISA war eindimensional gerichtet und hat uns abgelenkt vom Erziehungsauftrag der Kindergärten und Schulen.

Es wird Zeit, dass wir umdenken.

Dr. Klaus Neulinger

Tipps für Eltern

Handy und Internet

Der Handy-Anbieter T-Mobile bietet unter 0800 - 33 88 77 6 täglich von 8 bis 20 Uhr eine kostenlose Eltern-Beratung, wo Gewalt-Videos auf den Handys Ihrer Kinder gespeichert sein könnten und wie sich ihr Empfang blockieren lässt.

Eine Fundgrube für kindersicheres Internetsurfen ist www.klicksafe.de. Die Broschüre „Ein Netz für Kinder“ (Surfen ohne Risiko) kann von der Seite des Bundes-Jugendministeriums www.bmfsfj.de heruntergeladen werden. Stets lohnend: ein Besuch bei www.jugendschutz.net. Außerdem erhalten Sie unter www.schauhin.info aktuelle Hinweise zur Medienerziehung und können einen Newsletter abonnieren.

Aus der Rechtsprechung

Pornovideos rechtfertigen Schulausschluss

(dpa) Wer Gewalt- und Pornovideos an seine Mitschüler weitergibt, darf für einige Tage von der Schule ausgeschlossen werden. Dies hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe in einer am 16. März veröffentlichten Entscheidung beschlossen (Az.: 1K 740/06).

Eine 14-jährige Schülerin aus Eberbach hatte per Handy so genannte Snuff-Videos, auf denen pornografische Szenen oder brutale Gewalt zu sehen waren, weitergegeben. Gegen ihren darauf erfolgten fünftägigen Ausschluss vom Unterricht hatte sie geklagt. Das Verwaltungsgericht bestätigte die Maßnahme der Schulleiterin als „nicht unverhältnismäßig“ und lehnte den Eilantrag der Schülerin ab. Nachdem die Sache aufgeklagt war, hatte die Schulleiterin die Polizei verständigt und die 14-jährige sowie andere beteiligte Schüler für fünf Tage vom Unterricht ausgeschlossen.

Unterrichtsausschluss bei Gewalt gegen Mitschüler rechtmäßig

Berlin (dpa) – Ein Schüler darf wegen so genannten Happy Slappings vom Unterricht ausgeschlossen werden. Mit diesem Begriff wird das willkürliche Prügeln von Mitschülern bezeichnet, das mit einem Handy gefilmt wird.

Brauchen wir andere Erzieher?

Anmerkungen zu einem fatalen Interview

Im RHEINISCHEN MERKUR, einem Wochenblatt, welches seit seinem Bestehen noch nie in den Verdacht politischer Linkslastigkeit oder Grünfärberei geraten ist, wurde am 12. Januar 2006 ein merkwürdiges „Gespräch“ zwischen zwei Personen abgedruckt, und zwar unter der Überschrift „Wir brauchen andere Erzieher“.

Den einen Gesprächspartner (Felix Schmidt) muss man nicht kennen. Er fungierte als Frager und Impulsgeber. Den anderen (Bernhard Bueb) kann man kennen, denn er war immerhin lange Jahre der Leiter einer bekannten privaten Eliteschule für Geld- und Politadel im Oberschwäbischen. Einer der Ehemaligen dieser Schule wartet übrigens seit Jahrzehnten auf seinen Einsatz als König von England.

Ein Interview kann immer nur so gut sein, wie die Fragen, auf die geantwortet werden soll. Und es kann auch nur so gut werden, wie es die Kompetenz (im Sinne von inhaltlicher Zuständigkeit!) des Befragten zulässt. So kann es durchaus zum redaktionellen Super-GaU kommen, wenn ein rechtswirksamer Fragemeister und ein konservativer, im Elfenbeinturm einer Eliteschule gewirkt habender Schulmeister im Gespräch zueinanderfinden, um sich eines sensiblen und sich sehr differenziert darstellenden Themas anzunehmen.

Da behauptet Felix Schmidt gleich in seiner Eingangsfrage: „Noch immer haben es bei uns Lehrer schwer, die Leistung fordern. Leistungsvergleiche und Leistungsmessung gelten als unmenschlich. (...)“. – Und Bernhard Bueb entgegnet: „In den letzten dreißig Jahren ist der Leistungsgedanke aufs Übelste diffamiert worden. (...)“

Mehr Unsinn lässt sich in zwei relativ kurzen Äußerungen nun wirklich nicht formulieren. Beide Aussagen sind nicht etwa überspitzt, sondern so undifferenziert und verallgemeinernd, dass sie schlicht zur Unwahrheit werden.

In diesem Stil geht es weiter. Felix Schmidt: „Gerhard Schröder hat einmal gesagt, Lehrer sind faule Säcke.“ – Bernhard Bueb darauf: „... Seine Meinung von den Lehrern ist die der Mehrheit der Bevölkerung, und das ist eine Katastrophe. So miserabel wie heutzutage war das Ansehen der Lehrer noch nie. Sie bieten das Bild von frustrierten und depressiven Menschen ohne Selbstvertrauen, ohne Selbstwertgefühl. Und außerdem lassen sie sich auch noch vorzeitig pensionieren...“

Die Aussage Gerhard Schröders, die er nicht als Bundeskanzler, sondern als um seine Ministerpräsidentenschaft besorgter Provinz-

politiker gemacht hat, besitzt in etwa den selben Wahrheits- und Klarheitsgehalt hat, wie die Aussage „die Rechtsanwälte sind Halsabschneider“ oder „die Politiker sind korrupt“. Ärgerlich ist, dass hierbei indirekt auch noch unterstellt wird, die Mehrheit der Bevölkerung sei blöd und könnte die diffamierende Aussage nicht als solche erkennen. Was Herrn Buebs Hinweis auf die Frühpensionierungsrate bei Lehrerinnen und Lehrern betrifft, so kommt dieser Hinweis aus völlig unberufenem Munde. Es mag ja sein, dass es in Salem keine Lehrkräfte gibt, die sich verschleifen und verschleifen lassen müssen. Die Stressfaktoren an einer privaten Eliteschule sind nicht annähernd zu vergleichen mit den Stressoren an öffentlichen Großstadtschulen, an Brennpunktschulen, in Förderschulen oder Hauptschulen. Wer davon offensichtlich mangels eigener Erfahrung keine Ahnung hat und auch gar nicht haben kann, weil er unter absoluten Ausnahmebedingungen Schulleiter sein durfte, sollte sich solche Bemerkungen nicht erlauben.

Dass Herr Bueb sich zu der Überzeugung bekennt, dass das dreigliedrige Schulsystem „immer schon ein Unglück“ war, rettet das Interview auch nicht mehr. Immerhin gibt er zu Protokoll, dass „eine sachliche Diskussion über das System [...] an Vorurteilen und ideologischen Fixierungen (scheitert).“ – Wie wahr, wie wahr!

Natürlich darf die platte Unterstellung, „... der Beamtenstatus ist die Pest, weil zu viele Lehrer aus falschen Motiven den Beruf ergreifen...“ auch nicht fehlen.

Und deshalb kommt Herr Bueb, befeuert durch die grandiose Fragetechnik des Herrn Schmidt, zu folgenden Schlüssen:

- Wir brauchen andere Erzieher. Die dürfen nicht zu alt sein, wegen „... der Vergrößerung der Lehrerkollegien. Wir haben zu viele alte Lehrer.“ Aber die sollen Unterstützung erhalten: „Vor allem ältere Menschen, die kompetent sind, sollen Hausaufgaben mit Kindern machen und sie zu Spiel und Sport animieren.“ – Ja, was denn nun, Herr Bueb?
- Die Lehrer sollen Autorität haben und Autoritäten sein, weil „... Autorität unabdingbar ist für eine gute Erziehung“. Dabei fragt man sich, was für autoritätslose Hampelmänner die Lehrerinnen und Lehrer bei uns sein müssen, wenn so eine Binsenweisheit verkündet werden muss.
- Und zum Schluss: „Alle Lehrer werden per Gesetz verpflichtet, den ganzen Tag über in der Schule zu sein. Der Arbeits-

platz der Lehrer ist die Schule und nicht der heimische Schreibtisch.“ – Du heilige Einfalt! Ganz davon abgesehen, wo rein baulich die notwendigen 20 bis mehr als 100 Arbeitsplätze pro Schule für alle Lehrer vorgesehen werden sollen: was ist eigentlich mit den Eltern und Kindern, die vielleicht die Stirn haben, gar keine Ganztageschule in Anspruch nehmen zu wollen? Werden die einfach nicht gefragt?

Liebe Eltern, vielleicht brauchen wir wirklich andere Lehrer und Erzieher. Vielleicht liegt vieles von dem, was in unseren Schulen schlecht läuft, tatsächlich in den Haltungen, in den Charakteren, in den Leistungen und im Engagement einzelner Menschen begründet, die die Schule berufsmäßig zu gestalten haben. Aber mit der selben Berechtigung und Dringlichkeit ließe sich formulieren, wir brauchen andere Eltern, wir brauchen andere Politiker, wir brauchen andere Kinder.

Was wir auf jeden Fall brauchen können, sind konstruktiv-kompetente Kritiker des Schulsystems, die in der Lage sind, ihre Kritik konsistent und valide zu formulieren und durch nachvollziehbare Veränderungsvorschläge zu unterfüttern.

Dr. Neuling

Fortsetzung von Seite 12

Das Verwaltungsgericht wies damit den Eilantrag eines 16-jährigen Oberschülers zurück (Az.: VG 3A 930/05).

Der Junge hatte während des Sportunterrichts ohne nachvollziehbaren Anlass einen Mitschüler mit der Hand in den Nacken und beim anschließenden Gerangel wiederholt ins Gesicht geschlagen. Daraufhin hatte die Klassenkonferenz beschlossen, dass der Täter zehn Tage vom Unterricht fernbleiben muss. Das Gericht sah dies als rechtmäßig an. Nach der Auffassung der Kammer hatte der 16-jährige die Gewaltaktion nach Absprache mit einem weiteren Mitschüler ausgeführt. Dabei sollte der Vorfall mit einem Handy in einer Videosequenz festgehalten werden.

Buchbesprechung

Mind-Mapping, Speed Reading und Mnemotechnik

Der Buchtitel „Garantiert erfolgreich lernen“ macht uns als Eltern natürlich neugierig, insbesondere wenn man ein Kind (oder deren auch mehrere) hat, wo ein Weg zum garantierten Lernerfolg zu den gesuchteren Dingen des täglichen Familienlebens zählt. Dann aber hält man das Buch in der Hand und stellt fest: Es ist ja nur etwas für die Großen.

Aber halt! Nicht gleich weg legen! Warum sollten wir nicht auch einmal etwas für uns und unsere Lernfähigkeit tun? – Wer weiß, vielleicht bringt es ja was.

Um es vorweg zu sagen, das Buch richtet sich nicht an jedermann. Es ist auch nicht für jedermann gewinnbringend und geeignet. Wer aber von uns wirklich viel zu lesen hat, und da ist weniger an Freizeitlektüre als an Pflicht- und Fach- und Aktenliteratur zu denken, der findet zum Beispiel Anleitungen zum Lesetraining der gehobenen Art. „Speed Reading“ ist hier das Zauberwort, und es geht dabei um möglichst rasches, sinnentnehmendes Lesen, wobei die Inhalte auch noch besser haften bleiben sollen. Wer beruflich darauf angewiesen ist, komplexe Zusammenhänge gut parat zu haben und neu hinzukommende Informationen in bereits vorhandenes Wissen gut auffindbar einzusortieren, der wird auf Wege verwiesen, wie man sich diese Fähigkeiten erwerben kann. In diesem Zusammenhang sind die Begriffe „Mind Mapping“ und „Mnemotechnik“ von Bedeutung.

Die Stichworte „Zeitmanagement“ und „Stress-Reduktion“ machen deutlich, welche Menschen ihre berufliche Realität möglicherweise erleichtern, effizienter gestalten oder überhaupt erfolgreicher werden lassen könnten.

Das Buch lebt ganz eindeutig nicht nur vom Inhalt selbst, sondern auch von seiner Gestaltung und Gliederung. Demjenigen, der das Buch in die Hand nimmt, wird auch Mut gemacht, sich ihm ininteressant erscheinende Kapitel herauszupicken. Man muss das Buch – was auf mich selbst zum Beispiel eher abschreckend gewirkt hätte – nicht von Seite 1 bis ganz nach hinten durchlesen. Darin liegt aus meiner Sicht eine für den Leser oder

die Leserin gewinnbringende Eigenschaft: Heute interessiert mich, was der Autor über die Gedächtnistechniken mitzuteilen hat, ein ander Mal möchte ich dann etwas darüber erfahren, wie man sich das bekannte Phänomen (J.F. Kennedy soll darin ein Genie gewesen sein!) des Schnelllesens erklären könnte.

Wenn ich mir die Freiheit einer persönlichen Bewertung nehmen darf: Ich hätte das Buch für mich nicht gekauft. Aber ich werde es jemandem, von dem ich weiß, dass es seine berufliche Situation anspricht, schenken und ihm damit gewiss eine Freude machen.

Dr. Neulinger

*Cristian Grüning: Garantiert erfolgreich lernen
Grüning Hemmer Wüst Verlagsakademie
Würzburg 2005
160 Seiten 16,80 Euro*

info des Klett-Cotta-Verlages
Deutscher Schulbuchpreis
2006 geht an Robert
Spaemann und Walter
Schweidler für ihr Lehr- und
Lesebuch „Ethik“.

Am 7. Mai wird der Deutsche Schulbuchpreis 2006 im Bielefelder Neuen Rathaus im Rahmen eines Festakts vergeben.

In dem von Robert Spaemann und Walter Schweidler herausgegebenen Band „Ethik. Lehr- und Lesebuch. Texte - Fragen - Antworten“ sind ausgewählte, zentrale Texte der praktischen Philosophie von Platon bis zur Gegenwart vereint. Mit einer allgemeinverständlichen Einleitung, Bearbeitungsfragen und Antworten können die Texte als Material eines anspruchsvollen Ethikunterrichts und als Grundlage des Selbststudiums dienen.

Der Deutsche Schulbuchpreis ist mit 2.500,- Euro dotiert und wird seit 1990 vom Kuratorium Deutscher Schulbuchpreis vergeben. Das Kuratorium ist im Verein „Lernen für die Deutsche und Europäische Zukunft“ (LDEZ) organisiert.

Den Aufbruch gestalten

In seiner Regierungserklärung am 30. Mai hat Ministerpräsident Kurt Beck auch eine Reihe von bildungspolitischen Vorhaben angekündigt:

im Vorschulbereich

- mehr Plätze in Kindertagesstätten für Kinder unter drei Jahren; Rechtsanspruch für Zweijährige bis 2010
- flächendeckende Sprachförderung
- 2008, 2009 und 2010 jeweils ein weiteres Kindergartenjahr beitragsfrei

im Schulbereich

- im Jahr 2007 240 und in 2008 weitere 220 zusätzliche Lehrerstellen
- Ausdehnung des „Projektes Erweiterte Selbstständigkeit“ (PES) auf alle weiterführenden Schulen
- Erhöhung der Stundenzahl in der Orientierungsstufe aller Schularten von 28 auf 30 Wochenstunden ab 2008
- Einrichtung einer 4. Hochbegabenschule und von Entdecker-Tagen an Grundschulen
- Erhaltung von wohnortnahen Grundschulen
- Entwicklung von demographiefesten Strukturen in der Sekundarstufe I durch Kooperation benachbarter Schulen auch unterschiedlicher Schularten;
- längeres gemeinsames Lernen in Regionalen Schulen und Integrierten Gesamtschulen
- regelmäßige Lernstandserhebungen in der 8. Klasse ähnlich den Vergleichsarbeiten in der Grundschule
- externe Evaluation von Schulen durch die Agentur für Qualitätssicherung (AQS)
- 200 weitere Ganztagschulen in dieser Legislaturperiode
- Ausstattung eines Sozialfonds für das Mittagessen an Ganztagschulen mit einer Million Euro
- Erprobung des Abiturs nach 12 Jahren an 15 Ganztagschulen
- Erhöhung der Mittel für die Lernmittelfreiheit ab 2007 um 50%
- Ausbau von Schwerpunktschulen
- Angebot von Schulsozialarbeit an allen Hauptschulen

Fortsetzung auf Seite 15

Ferientermine in Rheinland-Pfalz

Die Daten bedeuten jeweils den ersten und letzten Ferientag. An Schulen, an denen nicht die 5-Tage-Woche eingeführt ist, sind jeweils der erste und dritte Samstag eines Monats sowie der Samstag vor Fastnacht und vor Pfingsten unterrichtsfrei.

Bitte beachten Sie, dass jede Schule pro Schuljahr zusätzlich über vier bewegliche Ferientage verfügen kann; Auskünfte hierüber kann nur die jeweilige Schule selbst geben.

Schuljahr	Sommerferien	Herbstferien	Weihnachtsferien	Osterferien
2006/2007	17.07.2006 bis 25.08.2006	09.10.2006 bis 20.10.2006	22.12.2006 bis 05.01.2007	28.03.2007 bis 13.04.2007
2007/2008	09.07.2007 bis 17.08.2007	08.10.2007 bis 19.10.2007	24.12.2007 bis 08.01.2008	12.03.2008 bis 28.03.2008
2008/2009	23.06.2008 bis 01.08.2008	06.10.2008 bis 17.10.2008	22.12.2008 bis 07.01.2009	01.04.2009 bis 17.04.2009
2009/2010	13.07.2009 bis 21.08.2009	12.10.2009 bis 23.10.2009	21.12.2009 bis 05.01.2010	26.03.2010 bis 09.04.2010
2010/2011	05.07.2010 bis 13.08.2010	11.10.2010 bis 22.10.2010	23.12.2010 bis 07.01.2011	18.04.2011 bis 29.04.2011

Fortsetzung von Seite 14

im Bereich Ausbildung und
Universität

- Einrichtung eines „Ovalen Tisches zur Förderung der beruflichen Bildung und gegen Jugendarbeitslosigkeit“
- Beibehaltung des gebührenfreien Erststudiums auf der Basis von Studienkonten
- schrittweiser Ausbau des Angebotes an Studienplätzen

im Bereich Familienförderung

- flächendeckende Einrichtung von so genannten „Häusern für Familien“, in de-

nen Angebote der Familienberatung, Nachbarschaftshilfe und anderer familiennaher Dienstleistungen gebündelt werden

- Steigerung der Verbindlichkeit bei den Vorsorgeuntersuchungen

Seine besondere Anerkennung sprach Ministerpräsident Kurt Beck ausdrücklich den ehrenamtlich engagierten Elternvertreterinnen und Elternvertretern aus.

Insbesondere ihre Arbeit in den Elternbeiräten und Elternausschüssen fördere die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen und trage dazu bei, die Wertschätzung von Bildung in der Breite zu steigern.

Vorankündigung

Landeselterntag 2006

am Samstag, den 04. November 2006
 von 9:00 Uhr bis 16:30 Uhr
 in der Hauptschule Mülheim-Kärlich
 Reihe Bäume 21, 56 218 Mülheim-Kärlich

40 Jahre Landeselternbeirat: Gestaltung der Erziehungspartnerschaft

vormittags: Referate und Podiumsdiskussion mit Ministerin Doris Ahnen

nachmittags: Workshops zu verschiedenen Themen

Elternfortbildung 2006

Rechte und Pflichten von Eltern und Elternvertretungen/ Formen der Elternarbeit

Eltern wollen sich in der Schule ihrer Kinder engagieren, aber es fehlt ihnen oft das nötige „Rüstzeug“. Mit dieser Veranstaltung wollen wir neu gewählten Elternvertreterinnen und Elternvertretern, aber auch solchen, die schon Erfahrung haben, Anregungen geben, wie sie ihre Aufgaben besser bewältigen können. Mit vielen Beispielen und Möglichkeiten sich auszuprobieren soll die Veranstaltung helfen, neue Impulse in die Schulen zu tragen.

Teilnehmerkreis: Grundschulen/Förderschulen

12. November 2005
UNGÜLTIG

Saarburg IFB-Nr: 623 2001 01
 Boppard IFB-Nr: 623 2001 02
 Speyer IFB-Nr: 623 2001 03

Teilnehmerkreis: Weiterführende Schulen

19. November 2005
UNGÜLTIG

Saarburg IFB-Nr: 623 2002 02
 Boppard IFB-Nr: 623 2002 01
 Speyer IFB-Nr: 623 2002 03

Die Elternfortbildungsveranstaltungen werden in Zusammenarbeit von Landeselternbeirat, Bildungsministerium und dem Institut für schulische Fortbildung und schulpädagogische Beratung (IFB) angeboten. Das IFB führt diese Veranstaltungen durch und ist für den organisatorischen Ablauf zuständig. Die Teilnahme und die Verpflegung sind kostenfrei, lediglich die Fahrtkosten sind von den Teilnehmern selbst zu tragen. Es wird empfohlen, Fahrgemeinschaften zu bilden. Das Programm geht Ihnen bei Anmeldung ca. 14 Tage vor Veranstaltungsbeginn zu. Anmeldungen richten Sie bitte

- per Fax mittels umseitigem Formular an 06232/659-120
- per Post mittels umseitigem Formular an das IFB Speyer, Postfach 1680, 67326 Speyer,
- per Telefon - Nr. 06581/9167-10 (Frau Pogrzeba),
- per e-Mail unter der Adresse:
andrea.pogrzeba@ifb.bildung-rp.de
- oder über das Formular auf der LEB Homepage:
<http://leb.bildung-rp.de>

Für die Organisation von Elternfortbildungsveranstaltungen vor Ort wenden Sie sich bitte direkt an Herrn Gerd Zachris, e-mail: zachris@ifb.bildung-rp.de

Gültige Termine siehe Zusatzblatt/Anmeldeblatt auf der nächsten Seite

Institut für schulische Fortbildung und schulpсихologische Beratung

I-Punkt / Veranstaltungsmanagement -
Butenschönstr. 2 Postfach 1680
67346 Speyer 67326 Speyer
Tel. 06232/659-0, Fax. 06232/659-120



Anmeldung zur Fortbildung per Fax (Bitte alle Angaben in Blockschrift)

Name der Teilnehmerin/
des Teilnehmers:

(Nachname / Vorname)

Privatanschrift:

(PLZ) Ort, Straße

()

Telefon (privat):

Telefax (privat):

Mail (privat):

(gewünschte Veranstaltung bitte ankreuzen)

Elterfortbildung für Grundschulen und Förderschulen

Block 1: Rechte und Pflichten von Eltern und Elternvertretungen/ Formen der Elternarbeit			
<input type="checkbox"/>	28. Oktober 2006	Saarburg	IFB-Nr: 623200101
<input type="checkbox"/>	28. Oktober 2006	Boppard	IFB-Nr: 623200102
<input type="checkbox"/>	28. Oktober 2006	Speyer	IFB-Nr: 623200103

Elterfortbildung für weiterführende Schulen

Block 1: Rechte und Pflichten von Eltern und Elternvertretungen/ Formen der Elternarbeit			
<input type="checkbox"/>	18. November 2006	Boppard	IFB-Nr: 623200201
<input type="checkbox"/>	18. November 2006	Saarburg	IFB-Nr: 623200202
<input type="checkbox"/>	18. November 2006	Speyer	IFB-Nr: 623200203

Ich bin Eltervertretung in folgender Schulart (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> 0 ohne Angabe | <input type="checkbox"/> 7 Berufsbildende Schule |
| <input type="checkbox"/> 1 Studienseminar | <input type="checkbox"/> 8 Förderschule |
| <input type="checkbox"/> 2 Grundschule | <input type="checkbox"/> 9 Integrierte Gesamtschule |
| <input type="checkbox"/> 3 Hauptschule | <input type="checkbox"/> 10 Regionale Schule |
| <input type="checkbox"/> 4 Org. verb. GHS | <input type="checkbox"/> 11 Sonstige |
| <input type="checkbox"/> 5 Realschule | <input type="checkbox"/> 12 langfristig beurlaubt (Rsch d. BezReg. 22.9.89) |
| <input type="checkbox"/> 6 Gymnasium | |



Datenspeicherung (Mit der vorübergehenden elektr. Speicherung der Daten nur zum Zweck der Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung der Veranstaltung bin ich einverstanden. Eine Weitergabe der Daten an Außenstehende findet nicht statt. Nach Abrechnung der Veranstaltung werden die Daten gelöscht.)

Datum

Unterschrift Teilnehmer/in